



Antrag

der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW

Defizite bei der Bildungsqualität abbauen - Keine Streichung von Lehrerstellen zum kommenden Schuljahr -

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert zur Januar-Tagung des Landtages einen mündlichen Bericht zu geben,
 - a) wo sie die größten Defizite in den Schulen Schleswig-Holsteins sieht,
 - b) welche Maßnahmen ihr geeignet erscheinen, die Defizite kurzfristig abzubauen,
 - c) ob und ggfs. wie viele Lehrerstellen für diese Maßnahmen zu veranschlagen sind und
 - d) wann und wie die Defizite beseitigt werden sollen.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert bis zur Plenartagung im Februar 2012 dem Landtag einen aufkommensneutralen Nachtragshaushalt vorzulegen, der die Kürzung der 300 Lehrerstellen zum Schuljahr 2012/13 rückgängig macht.

Begründung:

Bisher hat die Landesregierung die geplanten Stellenstreichungen gegenüber dem Parlament als vertretbar und haushaltspolitisch unausweichlich dargestellt. Inzwischen gibt es scheinbar zum ersten Mal in dieser Legislaturperiode eine ehrliche Bilanz des Bildungsministers über die tatsächliche Situation an den Schulen: werden die geplanten Stellenkürzungen umgesetzt, fehlen – so die Landesregierung – 453 Stellen. Damit steht fest, dass zunächst die Streichung von 300 Stellen zum Schuljahr 2012/13 nicht vertretbar ist und zurückgenommen werden muss. Die Stellen werden für eine bessere Unterrichtsversorgung und -qualität dringend benötigt.

Für welche konkreten Maßnahmen diese Stellen genau eingesetzt werden sollen, kann der Bildungsausschuss in der kommenden Woche, am 02.02.2012 beraten. In einem ersten Schritt gilt es, den Stellenabbau zum kommenden Schuljahr zu verhindern. Da das Planstellenzuweisungsverfahren für das kommende Schuljahr einen langen Vorlauf hat und die Schulen Planungssicherheit brauchen, ist es notwendig, die beschlossene Kürzung bereits Anfang 2012 in Form eines Nachtragshaushaltes rückgängig zu machen.

Die dafür benötigten Mittel sollen durch Einsparungen, Minderausgaben oder Mehreinnahmen an anderer Stelle finanziert werden. Zur Gegenfinanzierung könnten geringere Zinsausgaben als veranschlagt eine Möglichkeit sein. Wenn möglich sollen die Ausgaben durch Einnahmesteigerungen und Ausgabekürzungen finanziert werden. Hierzu können die Erhöhung der Feldes- und Förderabgabe genauso beitragen wie Kürzungen beim Landesstraßenbau.

Anke Erdmann
und Fraktion

Martin Habersaat
und Fraktion

Anke Spoorendonk
und Fraktion